

Mein Berlin, mein Berlin (VII)

Wie viele Vorschläge gibt es noch, ehe endlich etwas passiert? Diese Frage müssen wir uns bei beiden Themen stellen:

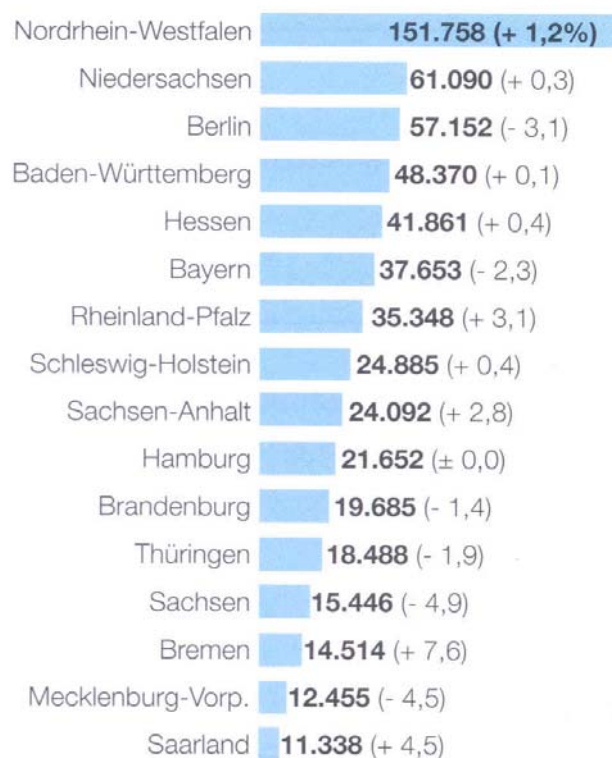
1. Hilfen beim Abbau der Überschuldung

Die Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismusreform II) hat wieder neue Vorschläge gemacht. Jetzt geht es nicht mehr darum, den Solidaritätszuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer künftig zur Hilfe bei der Schuldentilgung zu verwenden.

Vielmehr soll ein Betrag zwischen 1,0 und 1,2 Milliarden Euro jährlich als Zinshilfe auf die Länder verteilt werden, die besonders stark unter ihrer Zinslast ächzen. Da das Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein erklärt hatten, bis 2019 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, sollte die Hilfe diesen Ländern vorbehalten sein. Inzwischen soll aber auch Berlin von dem Geld etwas abbekommen

Schulden öffentlicher Haushalte

Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und ihre Extrahaushalte in Millionen Euro
In Klammern Veränderung geg. Vorjahr in Prozent



Quelle: Destatis, AFP – Stand 31.12.2007 Tsp/Schilli

Die nebenstehende Tabelle zeigt, dass von den genannten Ländern erst Berlin mit dem Abbau von Schulden begonnen hat.....! Das ist gut, denn nach den aktuellen Vorschlägen sollen Zuschüsse an strenge Regeln zur Sparsamkeit gekoppelt werden.

2. Alle Bundesministerien müssen nach Berlin umziehen.

Noch immer arbeiten mehr Beamte und Angestellte der Bundesregierung in **Bonn (9.148)** als in **Berlin (8.726)**! (Tagesspiegel 25.07.08) In einem Bericht für den Haushaltsausschuss des Bundestages hat das Bundesinnenministerium Daten zusammentragen, nach denen es keinen wirtschaftlichen Grund mehr gibt, an diesem Zustand festzuhalten.

Zu dem Bericht wird auf die Möglichkeit der Änderung des Bonn-Berlin-Gesetzes und eine weitere Verlagerung von Regierungsfunktionen nach Berlin verwiesen. Dabei müsste aber ein weiterer materieller Ausgleich für Bonn zumindest geprüft werden.

Die Arbeitsmarkt-Bilanz sieht allerdings so aus:

Zwischen 1996 und 2006 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Region Bonn um 49.000. Dieser Anstieg um 11,6% übertrifft den Anstieg Nordrhein-Westfalens (7,2%) und den des gesamten Bundesgebietes (4,2%) bei weitem. „Berlin hat dagegen Mühe, wenigstens den Anschluss an die im Westen erzielten Wachstumsraten zu halten“ (Tagesspiegel).

Was gibt es da also noch zu prüfen?

Allerdings will jetzt – ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl – wohl niemand aus der Spitze der Regierung dieses Thema anfassen.....!

Detlef Schuster